

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdnerstr. 200/1. Dresden.
Telefon-Nr. 25241
Für den Nachdruck: 200/1.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Bestellung monatlich 3,00 M., vierteljährlich 9,00 M., halbjährlich 17,00 M., jährlich 32,00 M.
Anzeigen-Preise. Die 1. Spalte 30 M., die 2. Spalte 20 M., die 3. Spalte 15 M., die 4. Spalte 10 M., die 5. Spalte 8 M., die 6. Spalte 6 M., die 7. Spalte 5 M., die 8. Spalte 4 M., die 9. Spalte 3 M., die 10. Spalte 2 M., die 11. Spalte 1,50 M., die 12. Spalte 1,00 M., die 13. Spalte 0,75 M., die 14. Spalte 0,50 M., die 15. Spalte 0,30 M., die 16. Spalte 0,20 M., die 17. Spalte 0,15 M., die 18. Spalte 0,10 M., die 19. Spalte 0,075 M., die 20. Spalte 0,05 M.

Schließung und Sammelstellen:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Hefig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit besond. Erlaubnis („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schreibweise werden nicht aufbewahrt.

Feinste Ledermatten + Damentaschen
Elegantes Reisegepäck

26 Prager Straße **Wolff Mäter** Prager Straße 26

Trinkt

Radeberger Pilsner

Schloß-Konditorei Weber

Schloßstraße 19
(unter Al-Schwaben)

Großes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

Stillstand der Beamtengehälterverhandlungen.

Die Regierungsbedingung für Gehalts- und Lohnerhöhung.

Wahlmehrwahlprozentige Steigerung bei Ausnahme des Arbeitszeitgesetzes.
(Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Juni. Im Reichsfinanzministerium begannen heute die neuen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften über die Erhöhung der Beamtengehälter und der Löhne für die Staatsarbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften hatten diesmal von einer Formulierung ihrer Forderungen Abstand genommen, da die Regierung selbst die Initiative ergriffen und sich zur Erhöhung der Gehälter und Löhne bereit erklärt hatte. Die Verhandlungen über die materiellen Fragen vollzogen sich daher ohne Reibung, da beide Teile der Ansicht waren, daß die Erhöhung der Gehälter und Löhne entsprechend dem Anwachsen der Indexziffer seit der letzten Lohnregulierung vorzunehmen sei. Da seit der letzten allgemeinen Aufbesserung die Kosten der Lebenshaltung um etwa 25 Prozent gestiegen sind, sollen diese entsprechenden auch die Gehälter und Löhne erhöht werden. Im Auftrag des Reichsfinanzministeriums gab jedoch der Ministerialdirektor v. Schlieffen die Erklärung ab, daß die Regierung die Gewährung der Aufbesserung von der Annahme des Arbeitszeitgesetzes abhängig machen müsse. Diese Mitteilung rief bei den Organisationsvertretern eine nicht unerhebliche Ueberraschung hervor. Sie gaben Erklärungen dahingehend ab, daß sie einer Beschränkung der Verhandlungen über die reine Lohn- und Gehaltsfrage mit dem Arbeitszeitgesetz nicht zustimmen könnten. Auf ihren Wunsch wurde die Sitzung unterbrochen, um den Spitzenorganisationen Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Beratung der Frage zu geben. Die

Vertreter aller Eisenbahner-Organisationen wollen in einer Erklärung Verwahrung gegen das Vorgehen der Regierung einlegen. Man hofft, daß die Regierung angesichts der Ablehnung aller Verbände ihre Haltung in dieser Frage ändern wird.

Die Besorgnis der Regierung über die Entwicklung des Marktkurses.

(Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Juni. Wie die „Dena“ berichtet, sieht man in Finanzkreisen, vor allem auch in den Kreisen der Regierung, der Entwicklung des Marktkurses mit großer Besorgnis entgegen. Durch eine neue Marktkatastrophe würden alle bisherigen Finanzpläne der Regierung über den Haufen geworfen. Wenn der Dollar, wie man befürchtet, in den nächsten Tagen eine Entwicklung auf 350 bis 400 nimmt, so tritt eine Preis- und Lohnbewegung ein, die nur durch eine neue große Ausparnung der Reichsregierung eingewirmt werden könnte. In Regierungskreisen sei man deshalb der Ueberzeugung, daß dringende Maßnahmen zur Abhilfe notwendig sind. Der Reichskanzler wird sich alsbald mit dem Reichsbankpräsidenten Banerstein über die finanzielle Lage auseinandersetzen. Die Reichsbank habe bisher versucht, durch starke Abgaben aus ihrem Devisenbestand den Ansturz der Mark anzuhalten. Auf die Dauer sei dies aber nicht möglich, da sie sonst den Fonds an Devisen angriffen müßte, der für die Reparationsleistungen für Juli und August angesammelt worden sei. Der Kanzler habe deshalb heute in den Besprechungen mit dem Garantienkomitee bereits darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Marktkurses zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gebe. Er soll u. a. angeregt haben, die für die Reparationsleistungen aufgefammlten Devisen durch die Reichsbank zur Sicherung des Kurses verwertet zu lassen.

Anschauungsunterricht in Reparation.

In seiner „Festrede“ für die Verdun-Feier in London hat Poincaré einen Ausspruch getan, der so recht zeigt, daß dieser ebenso ehrgeizige wie kurzschichtige und einseitige Politiker ein echter Sohn und Vertreter der grande nation ist. Er hat gesagt, bei Verdun habe sich das Schicksal des Krieges entschieden. Nun, die Kinder — sie hören es gern — Gott kommt es nach allem, was die französische und die englische Kriegspropaganda und die nach Kriegsende erst recht einsetzende Völgerei geleistet haben, auf eine Unwahrheit mehr oder weniger nicht an. Aber auf diese Unwahrheit müssen doch Poincaré und seine englischen Zuhörer, die seine anwachsende und dreiste Verhöhnung ohne Widerpruch hingehen ließen, festgenagelt werden.

Die angenehmen Zeitgenossen, die die Erinnerung an das Ringen um Verdun zwischen Sportveranstaltungen und Wasserfesten begingen, wollen es offenbar nicht mehr wahr haben, daß es die Vereinigten Staaten gewesen sind, die schließlich den Weltkrieg für Frankreich und England gewonnen haben, und zwar nicht so sehr durch ihre soldatische Tüchtigkeit und Ueberlegenheit, als durch das in immer ungeheureren Mengen auf den Kriegsschauplatz gebrachte Maschinen-, Geschütz- und Munitionsmaterial. Das soll jetzt vergessen sein und wird absichtlich verschwiegen, um die französische Gloire um so höher erstrahlen zu lassen und desto bequemer die Reparationsforderungen gegen Deutschland aufrecht erhalten zu können.

Die Lüge von der Allensschuld Deutschlands am Krieg genügt schon den französischen und englischen Chauvinisten nicht mehr. Bieleicht sind sie gewahr geworden, daß dieser Schein des Versailler Vertrages bedenkliche Risse zu zeigen beginnt, und wollen daher bei Zeiten ihrer Rache- und Ränkepolitik, die unter dem Namen des Versailler Vertrages geht, ein neues Fundament schaffen. Englisch-französische Kampfgemeinschaft, Waffen- und Obergerichtsgemeinschaft — das sind die Klammern, die den Versailler Vertrag fürder zusammenhalten und gleichzeitig über die Interessengegenstände der beiden Weltmächte eine Brücke schlagen sollen.

Wenn sich solche „Gedenkfeiern“, von denen die am 17. Juni in London begangene sicherlich nicht die letzte sein wird, in erster Linie gegen Deutschland richten, so dürfte jenseits des Atlantik die geflüsterte Aussöhnung der Vereinigten Staaten nicht unbemerkt bleiben und nicht mißverstanden werden können. Solange sich Frankreich und England noch mit einem mächtigen Dritten in die Opfer und den Erfolg teilen müssen, können die Wiedergutmachungsscheine entwertet werden, die sie bei jeder Gelegenheit präsentieren. Amerika hat sich nicht an der Ausbeutung der Ohnmacht und der Notlage Deutschlands beteiligt. Die amerikanische Industrie, die amerikanische Wirtschaft ist stark genug, um auf Maßnahmen, die die dauernde Wiederhaltung der deutschen Wirtschaftskraft zum Ziele haben, verzichten zu können. Die Entente-Regierungen operieren trotz allen Zuwachses an Land und Leuten, Reichtum und Macht, den ihnen der Krieg gebracht hat, noch immer mit dem Schrecken des deutschen Wettbewerbs; sie wissen genau, daß es kein besseres Mittel gibt, um eine Wiederannäherung der Völker zu hintertreiben, die ihrer Stellung sehr schnell ein Ende machen würde, als die Besorgnis, am Geldbeutel geschädigt zu werden. Diese Gefahr soll zugunsten des Saiten, der im Felde ist, für alle Zeiten beseitigt werden.

Aber wie in der Schulfrage wird auch hier die Wahrheit nicht dauernd unterdrückt werden können. Völgerei in der Beweis erbracht, daß die „Erfüllung“, die uns zugemutet und von uns versucht wurde, tatsächlich unerfüllbar ist. Auch das französische Volk muß schließlich merken, daß das, was man ihm von der Leistungsfähigkeit Deutschlands erzählt, eitel Spiegelscherei ist. Deutschland ist nicht entfernt mehr das Deutschland vor dem Krieg. Das wird nur zu oft übersehen. Die Zahlung einer einzigen Milliarde Goldmark, die das Londoner Abkommen vom Mai 1921 bis 1. August 1921 befristet hatte, hat zu einem sehr erheblichen Teile durch Kreditnahme im Ausland bewirkt werden müssen. Die zur Abdeckung dieser Kredite erforderlichen Verkäufe von Reichsmark haben zu einer unaufhaltbaren, schließlich katastrophalen Entwertung unserer Währung geführt. Jede künftige Zahlung müßte das Hinuntergleiten auf der schiefen Ebene beschleunigen, bis der Sturz in den Abgrund nicht mehr aufzuhalten werden kann.

Noch sind im Ausland diese Vorgänge nicht in ihrer wahren Bedeutung erkannt. Dort beruft man sich teils gütgläubig, teils geflüstert auf den angeblichen Wohlstand und Reichtum Deutschlands, auf die Intensität seiner Wirtschaftskraft, die Größe seiner Auftragbestände. Die Warnungen vor Ueberhöhung der Verschälftheit, die völlige Ungewißheit der Wirtschaftslage, die immer mehr und immer schneller anschwellende Inflation und Verschuldung, die Tatsache, daß die Lebenshaltung nirgends so schlecht und die Teuerung nirgends so fürchterlich ist wie in Deutschland — alles das hat die französische Völgerei nicht eindämmen, die Besorgnisse der englischen Industrie- und Handelskreise nicht beschwichtigen können.

Dieser Tage sind die Abschlässe der deutschen Großbanken für das Jahr 1921 bekannt gegeben worden.

Das Gesamtergebnis des Volksbegehrens.

Bisher 820 502 Stimmen.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen haben sich in Sachsen 820 502 Wähler in die Listen für das Volksbegehren eingetragen. Diese Eintragungen verteilen sich folgendermaßen:

- Dresden-Bauhen 333 281 Eintragungen von 1 120 088 Wahlberechtigten.
- Leipzig 221 762 Eintragungen von 785 531 Wahlberechtigten.
- Chemnitz-Plauen 265 459 Eintragungen von 1 041 013 Wahlberechtigten.
- In ganz Sachsen 820 502 Eintragungen von 2 946 642 Wahlberechtigten.

Hierbei fehlt als letztes nur noch das endgültige Ergebnis der Amtshauptmannschaft Meißen, so daß sich das Gesamtergebnis nicht mehr wesentlich ändern dürfte. Die Listen in der Amtshauptmannschaft Meißen werden vermutlich die Gesamtziffer noch um etwa 10 000 bis 15 000 Einzeichnungen erhöhen. Die für das Volksbegehren notwendige Ziffer von noch nicht 300 000 Eintragungen ist also nahezu dreifach gezeichnet worden. Die Gesamtzahl der bei der letzten Landtagswahl abgegebenen bürgerlichen Stimmen belief sich auf 1 019 363.

Das Gesamtergebnis, das reichlich 80 Prozent der bei der letzten Landtagswahl abgegebenen bürgerlichen Stimmen ausmacht, verleiht dem bürgerlichen Eindruck, den bereits die vorläufige Zählung hervorgerufen hatte. Wenn man den Ansturm an bürgerlichen Einzeichnungen in die Listen, der auf die Besorgnis vor einem Bruch des Stimmgeheimnisses durch die sozialistische Regierung zurückzuführen ist, in Anschlag bringt, so ist nicht zu bezweifeln, daß die bürgerliche Kraftentfaltung beim Volksbegehren einen erfreulich hohen Grad erreicht hat und die besten Rückblicke auf den letzten Willen des sächsischen Bürgertums zur endlichen Beseitigung des unwürdigen Zustandes in der gegenwärtigen Regierung gestattet. Unerlässliche Voraussetzung dafür, daß das Volksbegehren sich in ausgiebiger Weise auswirkt, ist aber die Erkenntnis des gesamten Bürgertums, daß es bei dieser einen Rundgebung nicht sein Bewenden haben darf, sondern daß die bürgerlichen Wahlberechtigten nun erst recht alle Kraft aufzubringen müssen, um bis zum bitteren Ende durchzuhalten und auch beim Volksentscheid den Sieg an ihre Fahnen zu fesseln. Das ist um so nötiger, als die Sozialdemokratie bereits ein raffiniertes Mittel erfunden hat, um durch Stimmenthaltung im großen Stille dem Volksentscheid zu sabotieren. Das Dresdner Organ der Unabhängigen hat nämlich unter dem höhnischen Stichwort „Mathematisches zum Volksentscheid“ eine Rechnung aufgemacht, die davon ausgeht, daß sich am Volksentscheid mindestens 50 Prozent der Zahl der Wähler beteiligen müssen, die bei der letzten Landtagswahl als wahlberechtigt in die Listen eingetragen waren. Da es im November 1920

2 946 642 eingeschriebene Wähler gab, so müßten, wenn der Entscheid ein Ergebnis haben soll, mindestens 1 473 321 Wähler sich beteiligen. Da nun die Bürgerlichen damals aufkommen über 1 020 350 Stimmen verfügten (nach den Angaben der Unabhängigen Dresdner Volksz.), so müßten sie, falls Sozialisten und Kommunisten Stimmenthaltung üben, noch 452 962 Stimmen mehr aufbringen, als bei der letzten Landtagswahl. Das unabhängige Organ erklärt kategorisch, das sei völlig ausgeschlossen. Diese Behauptung ist aber falsch und vorläufig. Einmal fällt bei dem Volksentscheid die Abstammung fort, und es findet eine Stimmentgabe statt, die mit dem strengen Geheimnis der Landtagswahl unpaarbar ist. Außerdem aber sind seit November 1920 nahezu zwei Jahre sozialdemokratischer Mißwirtschaft ins Land gegangen, und den Herren von der sozialistischen Oberschicht wird wohl selbst nicht ganz wohl zu Mut sein, wenn sie sich vorstellen, wie diese Zwischenzeit auf weite Kreise des sächsischen Landes gewirkt hat, mit ihrer Verwilderung der Sitten, ihrer religionsfeindlichen Treiberei, ihrer Ausbreitung des Volkes durch erbarmungslose, unheimliche Steuern und ihrer unaufhaltbar fortschreitenden Teuerung, die den unglücklichen Verbrauchern das Mark aus den Knochen saugt.

Wenn man mit benevolenten Arbeitern spricht, so wird man oftmals erkannt sein über die Schärfe des Verdammungsurteils, das diese über die herrschende Mißwirtschaft fällen. Die sozialistische Wahlmathematik ist also durchaus nicht dazu angetan, den bürgerlichen Kampfesmut zu lähmen und die bürgerliche Siegesgewissheit zu vermindern. Nur die eine Wirkung kann und muß sie haben, daß alle bürgerlichen Wahlberechtigten sich dadurch zur Entfaltung der äußersten Energie entflammt fühlen. Es gibt einen schweren, heißen und erdbeerigen Kampf, darüber kann kein Zweifel sein, und die höchsten Interessen des sächsischen Landes und Volkes erfordern, daß er vom Bürgertum mit vollen Ehren bestanden wird. Die Frage, ob es möglicherweise zur freiwilligen Auflösung des Landtages durch das Zusammengehen der Kommunisten mit den Bürgerlichen kommen könnte, darf bei den bürgerlichen Erwägungen überhaupt keine Rolle spielen. Schon aus dem Grunde nicht, weil bereits wieder Verhandlungen hinter der Szene geführt werden, um das satirische Wort Wipplits zu rechtfertigen: „Die Kommunisten werden schon noch umfallen“. Das sächsische Bürgertum darf jetzt nur geradeaus blicken und muß unbetrübt direkt auf sein Ziel losgehen, das in der Gewinnung des Sieges beim Volksentscheid gegeben ist. Die einmal eingeleitete Aktion muß unerbittlich zu Ende geführt werden, ohne Zagen und Zaudern, ohne Banken und Schwanken. Die bürgerlichen Standarten müssen unbeslekt von der Wolkstalt heimgetragen werden, und um das zu erreichen, hat jeder bürgerliche Wahlberechtigte die heilige Pflicht, sich nicht nur selbst am Volksentscheid zu beteiligen, sondern auch bis zum letzten Augenblick im engen und weiteren Kreise unermüdet für die bürgerliche Sache zu werben, Zweifelnde zu überzeugen, Ruffige anzuspornen, überall das Verständnis für die Größe und Tragweite der bevorstehenden Entscheidung zu verbreiten. Wenn jeder einzelne bürgerliche Wahlberechtigte sich von diesem Geiste patriotischer Hingebung und Aufopferung leiten läßt, dann, aber auch nur dann wird der Sieg beim Volksentscheid der bürgerlichen Sache zuteil werden und der Sozialdemokratie aller Schattierungen beweisen, daß ihre Bäume auch in Sachsen nicht in den Himmel wachsen können.